

CDU will Klarheit über Sparpläne

Die CDU im Landtag will von Innenminister Reinhold Gall (SPD) wissen, warum und welche Aufgaben des Verfassungsschutzes er an den Bund abgeben will. Durch eine Parlamentarische Anfrage solle unter anderem geklärt werden, ob Grün-Rot aus finanziellen Gründen bereit sei, die personelle Ausstattung des Landesamtes für Verfassungsschutz zu verringern und dessen Kompetenzen in erheblichem Umfang zu beschneiden. Vor allem aber soll Gall erklären, warum er es unlängst als undenkbar bezeichnet hatte, sich aus der Terrorismusbekämpfung auszuklinken, und nun plötzlich anderer Meinung sei.

Gall überlegt zurzeit, ob die 80 Mitarbeiter im Landesamt, die sich mit dem Thema Islamismus beschäftigen, eingespart oder in anderen Bereichen eingesetzt werden sollen. „Ich kann mir vorstellen, dass es mehr Sinn macht, zum Beispiel die islamistische Terrorbekämpfung zentral bearbeiten zu lassen als von den 16 Bundesländern“, hatte Gall in Stuttgart gesagt. Das Landesamt hat insgesamt 340 Mitarbeiter.

Nach dem Vorstoß von Gall zeigte sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) offen für eine Abgabe von Verfassungsschutzaufgaben der Länder an den Bund. „Darüber bin ich jederzeit Gesprächsbereit – in der ganzen Breite des Problems.“ Die Aufgaben könne der Bund unter Umständen effektiver und zielführender erfüllen. Die CDU-Rechtsexperten sind gegen Galls Pläne. Der Innenminister habe aus seinen Fehlern bei der Polizeireform nichts gelernt, sagte Alexander Gantner, Vorsitzender des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen. dpa